



Nr. 2 / 10 Pfennig / Mai 1968 / D 2442 F

**DISKUS
EXTRA
BLATT**

ARBEITER SCHÜLER STUDENTEN ZEITUNG

TREIBT BONN DEN NOTSTAND AUS STERNMARSCH AUF BONN AM 11. MAI*

Die außerparlamentarische Opposition:
das sind Arbeiter, Schüler, Angestellte,
Lehrlinge und Studenten.

Die außerparlamentarische Opposition
kämpft gegen das Entscheidungsmonopol
der Großen Koalition.

Die außerparlamentarische Opposition
kämpft für Demokratisierung.

Demokratisierung heißt:
Mitbestimmung und Selbstverwaltung
in Betrieben, Universitäten,
Schulen, Büros und Parteien.
Die Fabriken den Arbeitern.
Die Universitäten den Studenten.
Die Volksvertretung dem Volk.

Demokratisierung heißt:
Schluß mit der Bevormundung der Arbeiter.
Schluß mit der Ausbeutung der Lohnabhängigen.
Schluß mit dem Bildungsdefizit.
Schluß mit dem Privileg der Mächtigen.

Die Abschaffung der Privilegien heißt
Befreiung durch Klassenkampf.

Die Gegner der Demokratie,
die sich Demokraten nennen,
haben erkannt,
daß die außerparlamentarische Opposition
ihrem Machtkartell gefährlich wird.
Sie fordern den Polizeiknüppel.
Sie fordern politische Justiz.
Sie fordern Schnellgerichte und Dienstverpflichtung.
Sie fordern die Notstandsgesetze.

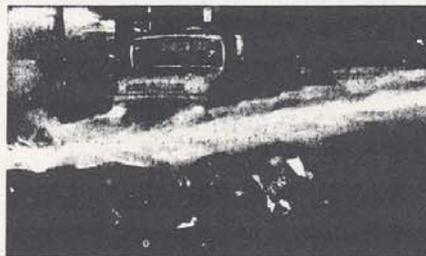
Die Gegner der Demokratie,
die sich Demokraten nennen,
besorgen die Geschäfte Springers.
Sie unternehmen nichts gegen sein Meinungsmonopol,
weil niemand ihre Interessen besser vertritt
und ihre Geschäfte besser besorgt
als der Springer-Konzern.

Sie diffamieren die außerparlamentarische Opposition.
Sie verketzern die Studenten als ungewaschene Gammelr.
Sie behandeln die Arbeiter als ungebildetes Stimmvieh.
Sie verschleppen Reformen
und fördern die Gewalt.

Ihre Gewalt richtet sich gegen ihre Kritiker,
die ihre korrupten Geschäfte
und ihr antidemokratisches Gemauschel aufdecken.

Ihre Gewalt richtet sich gegen die Opposition,
gegen die außerparlamentarische Opposition.

Die außerparlamentarische Opposition wird
zusammen mit allen wirklichen Demokraten
für eine wirkliche Demokratie,
für das Ende jeglicher Bevormundung,
für die Befreiung der Abhängigen kämpfen.



Demonstranten blockieren die Auslieferung von Springer-Zeitungen.

Widerstand gegen Volksverhetzung...



Streikende Arbeiter stoppen einen Lkw, mit dem die Unternehmensleitung Streikbrecher ins Werk befördern wollte.

... und Unternehmerherrschaft:



Staatstheater: Berliner Polizei übt den Einsatz gegen Demonstranten. Die Demonstranten werden von verkleideten Polizisten dargestellt. (Fotos: dpa)

Dagegen machen sie Notstandstraining



Fahrkarten für Bonn und organisa-
torische Hinweise beim ASIA der
Frankfurter Universität, 6 Frankfurt
am Main, Jügelstraße 1, oder bei
Klaus Vack, Kampagne für Demo-
krazie und Abrüstung, 605 Offenbach
bei Frankfurt, Postfach.

Schaut auf diese Republik

Wir haben es alle gesehen. Wir haben
es alle gehört. Viele sind dabei ge-
wesen. Die trügerische Ruhe und der
geheuchelte Frieden in diesem Land
und seinen Parlamenten: diese Ruhe
und dieser Frieden sind untergegan-
gen im Lärm der Demonstrationen.
Jetzt wollen wir die Fronten abstecken:
auf der einen Seite die Große
Koalition derer, die die Löhne stop-
pen, die Profile erhöhen, bis in die
letzten Winkel Kontrolle ausüben
wollen. Auf der anderen Seite, auf
unserer: die Demonstranten, die be-
gonnen haben, sich gegen lückelose
Beherrschung zu wehren.

Schaut auf diese Republik

Die einen, die dieses Land regieren,
als sei es ihr Land, sind bis an die
Zähne bewaffnet: mit Polizisten und
Gerichten, mit „Bild-Zeitung“ und
Notstandsgesetzen. Die anderen
haben sich mit Argumenten bewaff-
net, aber da gibt es niemand, der sie
entgegennimmt. Denn den Herr-
schenden gilt nur der Knüppel als
schlagendes Argument. Und während
überall in den Städten dieses Argu-
ment gegen die Protestierer ins Feld
geführt wird, beraten die Volksver-
treter in Bonn über neue Unterdrück-
ungsmaßnahmen. Aber der Wider-
stand von unten wächst weiter und
schneller, je brutaler die Inhaber der
alten Ordnung den neuen Geist der
Opposition zu erstickten trachten.

Schaut auf diese Republik

Es gibt jetzt immer mehr, die nicht
mehr mimmachen wollen. Die Studen-
ten waren die ersten, die ihre Sache
selbst in die Hand nahmen. Und da-
mit auch unsere Sache. Die Studen-
ten blieben nicht allein. Ihr Kampf
für eine demokratische Universität
ist ein Kampf für eine demokratische
Gesellschaft. Wir müssen ihn alle
kämpfen. Die Fronten sind abge-
steckt: Jeder muß entscheiden, auf
welcher Seite er steht.

KAMPF DER ORGANISIERTEN GEWALT